

E3.4-1

Ein Unternehmen kauft am Beginn des Geschäftsjahres 01 vier Maschinen zu je 3.000 EUR. Die Maschinen haben eine Lebensdauer von drei Jahren und werden linear abgeschrieben. Jede Maschine kann jährlich 1.000 Produkte bearbeiten.

Die vom Markt vergüteten Abschreibungsgegenwerte sollen in die Anschaffung zusätzlicher Maschinen reinvestiert werden.

Jahr	Anzahl Maschinen zu Jahresbeginn	Summe Abschreibungen	Reinvestition	Abschreibungsrest	Periodenkapazität	Gesamtkapazität	Zu-/ Abgänge (Stück am Jahresende)
		am Jahresende			zu Jahresbeginn		
01							
02							
03							
04							
05							
06							

Erläuterungen:

Periodenkapazität: Wie viel Stück können mit dem vorhandenen Maschinenpark innerhalb einer Periode hergestellt werden?

Gesamtkapazität: Wie viel Stück können über die gesamte Lebenszeit des vorhandenen Maschinenparks hergestellt werden?

E3.4-2

Der Jahresabschluss der Wagnis AG wird durch Vorstand und Aufsichtsrat festgestellt.

Die Bilanz für 2010 ist in großen Teilen aufgestellt. Lediglich der Eigenkapitalausweis ist noch ungeklärt.

Der nachfolgende Auszug aus der Bilanz weist die diesbezüglichen Zahlen des Vorjahres (2009) aus.

Bilanz der Wagnis AG zum 31.12.2004		2010	PASSIVA 2009
	A. Eigenkapital		
	I. gezeichnetes Kapital		12.000.000
	II. Kapitalrücklage		36.000.000
	III. Gewinnrücklagen		
	1. gesetzliche Rücklage		2.000.000
	2. andere Gewinnrücklagen		54.000.000
	IV. Bilanzgewinn		1.080.000
	(davon Gewinnvortrag)		(48.250)

Der Jahresüberschuss 2010 beträgt lt. Gewinn- und Verlustrechnung 2.500.000 Euro.

Hinweis:

Steuerliche Aspekte sind bei der Beantwortung der Teilfragen nicht zu berücksichtigen.

a) Vorstand und Aufsichtsrat wollen Ihre Kompetenzen einsetzen, um die Möglichkeiten des Unternehmens zur offenen Selbstfinanzierung maximal auszuschöpfen.

Welchen Betrag werden sie angesichts dieser Zielstellung der Hauptversammlung als Dividende vorschlagen,

- wenn die Dividende als voller Prozentsatz vom gezeichneten Kapital ausgeschüttet werden soll

und

- wenn durch Vorstand und Aufsichtsrat (unter Beachtung gesetzlicher Pflichtdotierungen) vorab der höchstmögliche Betrag den anderen Gewinnrücklagen zugeführt wird (satzungsmäßige Regelungen der Wagnis AG gibt es diesbezüglich nicht)

und

- wenn im Gewinnverwendungsvorschlag an die Hauptversammlung keine weiteren Zuführungen zu den Gewinnrücklagen vorgeschlagen werden.

b) Stellen Sie auf der Grundlage Ihrer Überlegungen zur Teilaufgabe a) das bilanzielle Eigenkapital für 2010 dar.

Auszüge aus dem Aktiengesetz

§ 58 Verwendung des Jahresüberschusses

(1) ¹Die Satzung kann nur für den Fall, daß die Hauptversammlung den Jahresabschluß feststellt, bestimmen, daß Beträge aus dem Jahresüberschuß in andere Gewinnrücklagen einzustellen sind. ²Auf Grund einer solchen Satzungsbestimmung kann höchstens die Hälfte des Jahresüberschusses in andere Gewinnrücklagen eingestellt werden. ³Dabei sind Beträge, die in die gesetzliche Rücklage einzustellen sind, und ein Verlustvortrag vorab vom Jahresüberschuß abzuziehen.

(2) ¹Stellen Vorstand und Aufsichtsrat den Jahresabschluß fest, so können sie einen Teil des Jahresüberschusses, höchstens jedoch die Hälfte, in andere Gewinnrücklagen einstellen. ²Die Satzung kann Vorstand und Aufsichtsrat zur Einstellung eines größeren Teils oder kleineren Teils, bei börsennotierten Gesellschaften nur eines größeren Teils des Jahresüberschusses ermächtigen. ³Auf Grund einer solchen Satzungsbestimmung dürfen Vorstand und Aufsichtsrat keine Beträge in andere Gewinnrücklagen einstellen, wenn die anderen Gewinnrücklagen die Hälfte des Grundkapitals übersteigen oder soweit sie nach der Einstellung die Hälfte übersteigen würden. ⁴Absatz 1 Satz 3 gilt sinngemäß.

§ 150 Gesetzliche Rücklage. Kapitalrücklage

(1) In der Bilanz des nach den § 242, § 264 des Handelsgesetzbuchs aufzustellenden Jahresabschlusses ist eine gesetzliche Rücklage zu bilden.

(2) In diese ist der zwanzigste Teil des um einen Verlustvortrag aus dem Vorjahr geminderten Jahresüberschusses einzustellen, bis die gesetzliche Rücklage und die Kapitalrücklagen nach § 272 Abs. 2 Nr. 1 bis 3 des Handelsgesetzbuchs zusammen den zehnten oder den in der Satzung bestimmten höheren Teil des Grundkapitals erreichen.

E3.5.1-1

Was ist eine Aktie?

Welche Arten von Aktien sind zu unterscheiden?

Welche Rechte werden mit dem Erwerb von Stammaktien erworben?

E3.5.1-1

Eine Aktiengesellschaft führt eine Kapitalerhöhung gegen Einlagen durch, die 150 Mio. EUR Mittelzufluss erbringen soll. Die alten und die neuen Aktien haben einen Nennwert von 3 EUR. Der Kurs der alten Aktie beträgt zurzeit 32 EUR. Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt bisher 350 Mio. EUR.

- a) Erarbeiten Sie einen rechnerisch begründeten Vorschlag zur Durchführung dieser Kapitalerhöhung. Die neuen Aktien sollen den Aktionären zu einem Ausgabepreis von 20 EUR angeboten werden.
- b) Wie viel neue Aktien müssen ausgegeben werden?
- c) Welche Bilanzpositionen werden sich in welcher Höhe ändern?

E3.5.1-2

Eine Aktiengesellschaft benötigt neues Eigenkapital. Derzeit hat das Unternehmen folgendes Kapital: Gezeichnetes Kapital 50.000.000 EUR bei 25.000.000 ausgegebenen nennwertlosen Stückaktien, Kapitalrücklage 150.000.000 EUR, Gewinnrücklagen 300.000.000 EUR, Rückstellungen 280.000.000 EUR (davon 165.000.000 EUR langfristige).

Der Aktienkurs liegt derzeit bei 25 EUR.

Das Unternehmen benötigt insgesamt 200.000.000 EUR Nettozufluss für fällige Investitionen. Eine Kreditaufnahme ist nicht geplant. Die Ausgabe der jungen Aktien soll zu einem Preis erfolgen, der 80% des Bilanzkurses beträgt. Emissionskosten sind zu vernachlässigen.

$$\left(\text{Bilanzkurs} = \frac{\text{Eigenkapital} \times \text{rechnerischer Nennwert}}{\text{gezeichnetes Kapital}} \right)$$

- a) Ermitteln Sie das Bezugsverhältnis für die Kapitalerhöhung.
- b) Ermitteln Sie den rechnerischen Kurs je Aktie nach Durchführung der Kapitalerhöhung und geben Sie den rechnerischen Wert des Bezugsrechts an.
- c) Um welchen Betrag erhöhen sich die jeweiligen Eigenkapitalpositionen?

E3.5.1-3

Der Vorstand der Industrie AG beabsichtigt die Durchführung einer Investition mit einem Kapitalbedarf von 5 Mio. €.

Die Erweiterungsinvestition soll durch Ausgabe von 50.000 neuen Aktien im Nennwert von 50 €/Stück zum Stückpreis von 112 € finanziert werden.

Die Emissionskosten betragen 230.000 €.

Es liegt die folgende vereinfachte Bilanz vor der Kapitalerhöhung vor:

Aktiva	Bilanz zum 31.12.2010		Passiva
Bebaute Grundstücke	20.000.000	Gezeichnetes Kapital	30.000.000
Unbebaute Grundstücke	3.000.000	Kapitalrücklage	1.000.000
Maschinen	17.000.000	Gesetzliche Rücklage	3.000.000
Sonstiges Anlagevermögen	13.000.000	Andere Gewinnrücklagen	2.000.000
Vorräte	6.000.000	Bilanzgewinn	7.000.000
Forderungen	5.000.000	Rückstellungen	3.000.000
Sonstiges Umlaufvermögen	3.000.000	Verbindlichkeiten	21.000.000
	<u>67.000.000</u>		<u>67.000.000</u>

Der Börsenkurs der Industrie AG notierte zuletzt mit 138 € je 50-€-Nennwert-Aktie.

- a) Ermitteln Sie den rechnerischen Wert des Bezugsrechts.
- b) Nennen Sie zwei Gründe, warum den Altaktionären eine Bezugsrecht eingeräumt wird.
- c) Ermitteln Sie die Höhe
 - des Grundkapitals,
 - der Kapitalrücklage,
 - des Liquiditätszuflusses (netto)

nach der Kapitalerhöhung zu den geplanten Werten.

- d) Die Auto AG ist mit Aktien im Nennwert von 7.700.000 € an der Industrie AG beteiligt. Ihr Vorstand beschließt, so viele Aktien der Industrie AG zu erwerben, dass die Sperrminorität (25% + 1 Aktie) gerade erhalten bleibt. Er stellt zu diesem Zweck 900.000 € zur Verfügung. Überzählige Bezugsrechte können zu Ihrem rechnerischen Wert verkauft werden.

Stellen Sie rechnerisch fest, ob der Vorstandsbeschluss mit der vorgesehenen Summe durchgeführt werden kann.

E3.5.1-4

Das gezeichnete Kapital der börsennotierten Maschinenbau AG beträgt 400 Mio. €.

Der Nennwert einer Aktie beträgt 5 €. Das Unternehmen plant Investitionen mit einem Kapitalbedarf von insgesamt 300 Mio. €. Der Kapitalbedarf soll durch eine Kapitalerhöhung gegen Einlagen gedeckt werden. Das Bezugsverhältnis soll 4:1 betragen.

Die Aktien der Maschinenbau AG werden für 18,40 € an der Börse gehandelt (Durchschnittswert).

Das mit der Emission beauftragte Bankenconsortium gab interessierten Anlegern zunächst die Möglichkeit, Kaufangebote innerhalb einer Preisspanne von 14,40 € bis 17,40 € abzugeben (Bookbuilding).

- a) Erläutern Sie, welchen Vorteil dieses Verfahren gegenüber der sofortigen Festlegung eines festen Ausgabepreises bietet.
- b) Der Ausgabepreis wurde dann auf 16,40 € je junge Aktie festgelegt. Prüfen Sie, ob der Kapitalbedarf durch den Mittelzufluss gedeckt werden kann. Hinweis: Emissionskosten sollen unberücksichtigt bleiben.
- c) Der Bilanzkurs betrug vor der Kapitalerhöhung 180%. Berechnen Sie die in der nachfolgenden Tabelle fehlenden Angaben und tragen Sie diese in die Tabelle ein.

	Gezeichnetes Kapital	Rücklagen	Eigenkapital	Bilanzkurs
Vor der Kapitalerhöhung	400 Mio. €	320 Mio. €	720 Mio. €	180 %
Nach der Kapitalerhöhung				

- d) Ein Aktionär, der 40 alte Aktien besitzt, will von seinem Bezugsrecht keinen Gebrauch machen. Weisen Sie rechnerisch nach, dass ihm durch die Kapitalerhöhung kein Vermögensnachteil entsteht.

Bedingte Kapitalerhöhung / Wandelschuldverschreibungen (convertible bonds) ...

... sind Anleihen einer Aktiengesellschaft, die zusätzlich zu den Gläubigerrechten das Recht einräumen,

- innerhalb einer bestimmten Wandlungsfrist
- in einem bestimmten Wandlungsverhältnis
- meist unter Zahlung eines Wandlungspreises
- die Anleihe in Aktien der betreffenden Gesellschaft umzutauschen.

Das Gläubigerrecht verfällt nach Ausübung des Wandlungsrechts; der Gläubiger wird zum Anteilseigner.

E3.5.1-5

Welche Motive könnten eine AG zur Emission von Wandelschuldverschreibungen und einen Käufer zum Erwerb selbiger bewegen?

E3.5.1-6

Die X-AG legt im Zeitpunkt t_0 eine Wandelschuldverschreibung in Höhe von 40 Mio. Euro auf. Das Wandlungsverhältnis ist 2:1 (d.h.: Eine Wandelanleihe im Nennwert von 100.000 EUR kann umgetauscht werden in Aktien zum Nennwert von 50.000 EUR).

Aktiva	Bilanz der X-AG in t_0		Passiva
Diverse Aktiva	200 Mio	Gez. Kapital	100 Mio
		Kapitalrücklage	5 Mio
		Gewinnrücklagen	5 Mio
		Sonstige Passiva	50
	200 Mio		200 Mio

Wie ändert sich die Kapitalstruktur, wenn alle Inhaber der Wandelschuldverschreibung in t_n von ihrem Wandlungsrecht Gebrauch machen?

Aktiva	Bilanz der X-AG in t_n		Passiva
Diverse Aktiva		Gez. Kapital	
		Kapitalrücklage	
		Gewinnrücklagen	
		Sonstige Passiva	

Bedingte Kapitalerhöhung / Optionsanleihen ...

... sind Anleihen einer Aktiengesellschaft, die dem Inhaber neben den Gläubigerrechten das Recht einräumen,

- während einer bestimmten Optionsfrist
- eine bestimmte Anzahl von Aktien der Gesellschaft
- zu einem bestimmten Kurs zu erwerben.

Dieses Zusatzrecht wird in einem Optionsschein (Warrant) verbrieft.

Der Optionsschein wird i.d.R. einige Zeit nach Emission von der Anleihe getrennt und gesondert an der Börse gehandelt.

Der Erwerber einer Optionsanleihe ist Gläubiger der AG. Bei Ausübung der Option bleibt er Gläubiger und wird Anteilseigner.

E3.5.1-7

Welche Motive könnten eine AG zur Emission von Optionsanleihen und einen Käufer zum Erwerb selbiger bewegen?

E3.5.1-8

Die Aktien der Y-AG haben einen Nennwert von 1 EUR. Die Y-AG begibt im Zeitpunkt t_0 eine Optionsanleihe im Nennwert von 40 Mio. EUR mit einem Optionsverhältnis von 2:1 und einem Optionspreis von 2 EUR je Aktie. Das Optionsverhältnis von 2:1 bedeutet: Eine Optionsanleihe im Nennwert von 100 EUR berechtigt zum Bezug von Aktien im Nennwert von 50 EUR unter Zahlung des Optionspreises (hier: 2 EUR je Aktie, also insgesamt 100 EUR).

Aktiva	Bilanz der Y-AG in t_0		Passiva
Diverse Aktiva	200 Mio	Gez. Kapital	100 Mio
		Kapitalrücklage	5 Mio
		Gewinnrücklagen	5 Mio
		Sonstige Passiva	50
	200 Mio		200 Mio

Welche Kapitalstruktur ergibt sich in t_n , wenn alle Inhaber der Optionsanleihe ihr Optionsrecht ausüben?

Aktiva	Bilanz der X-AG in t_n		Passiva
Diverse Aktiva		Gez. Kapital	
		Kapitalrücklage	
		Gewinnrücklagen	
		Sonstige Passiva	